

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

27.01.2021

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Mehrfähriger Finanzrahmen: Schwerpunkte der Förderperiode 2021-2027	2
Brexit: Abkommen zum Austritt GBs aus der EU in Kraft getreten	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
EU-Konjunkturpaket: Entwurf Aufbau- und Resilienzplan DE veröffentlicht	3
Praxis-Auslandsaufenthalte: Alternative Fördermöglichkeit für GB	4
Trinkwasser: Überarbeitete EU-Richtlinie tritt in Kraft	5
Energie, Klima und Umwelt	5
Green Deal I: Neue Europäische Bauhaus-Initiative startet	5
Konsultation: Biodiversität und Wiederherstellung der Natur	6
Green Deal II: EU-Klimapakt gestartet	6
Verkehr und Mobilität	6
TEN-V: Bericht des EP und ERRIN/POLIS-Empfehlungen zu „urban nodes“	6
Wasserstoff: Aufruf zur Interessensbekundung für Teilnahme an IPCEI	7
Wirtschaft, Forschung und Innovation	8
Förderprogramm: Einigung und Info-Event zu „Horizont Europa“	8
Folgen Sie uns auf Twitter	10

Aktuelles aus der EU

Mehrjähriger Finanzrahmen: Schwerpunkte der Förderperiode 2021-2027

Nach intensiven Verhandlungen des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments konnte im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft am 17. Dezember 2020 eine finale Einigung für den kommenden [Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027](#) erzielt werden (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 2).

Damit steht nun fest, für welche europäischen Förderprogramme in den kommenden Jahren welche Mittel zur Verfügung stehen werden. Insgesamt sind für diese sieben Jahre Rekordausgaben von über 1,8 Billionen Euro vorgesehen, worin neben dem „regulären“ EU-Haushalt von 1074,3 Mrd. Euro mit „Next Generation EU“ zusätzlich 750 Millionen Euro in Form von Krediten und Zuschüssen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie enthalten sind (vgl. S. 3).

Die für kommunale und regionale Akteure am relevantesten EU-Programme hat das Europabüro in einem [Faktenblatt](#) zusammengefasst. Dieses gibt auch einen Überblick über die verfügbaren Budgets und die groben Förderschwerpunkte.

Bis die ersten Förderaufrufe veröffentlicht werden und Antragstellungen möglich sind, werden aber noch einige Monate vergehen, da die einzelnen Förderprogramme noch final erstellt werden müssen.

Brexit: Abkommen zum Austritt GBs aus der EU in Kraft getreten

Nach langen Verhandlungen haben die Europäische Kommission und das Vereinigte Königreich am 24. Dezember 2020 eine Einigung über ein [Austrittsabkommen](#) erzielt. Dieses ist nun seit dem 1. Januar 2021 zusammen mit dem Protokoll zu Irland und Nordirland in Kraft getreten.

Hauptstreitpunkte waren bis zuletzt einheitliche Wettbewerbsbedingungen sowie Fischereirechte. Auch darüber hinaus gelten in vielen Bereichen neue Regeln. Bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern sind künftig Belege und Überprüfungen der Einhaltung von Produktstandards notwendig, was zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für Unternehmen, auch aus der Metropolregion, im Handel mit Großbritannien führen dürfte. Im Dienstleistungssektor entfällt der Europäische Pass für Finanzdienstleistungen sowie eine einfache Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Von konkreter Bedeutung für die Europaarbeit in der Metropolregion ist das Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus den meisten EU-Kooperationsprogrammen – gerade bei den beiden EU-Austauschprogrammen Europa für Bürgerinnen und Bürger, das Städtepartnerschaften und zivilgesellschaftliche Kooperationsprojekte unterstützt und Erasmus+, das Auslandsaufenthalte von Auszubildenden und Studierenden fördert. Eine neue Fördermöglichkeit für solche Aufenthalte bietet das Programm AusbildungWeltweit (vgl. S. 4). Außerdem wird Großbritannien nicht mehr am Kooperationsprogramm Interreg teilnehmen.



Das Vereinigte Königreich wird sich aber als Drittstaat weiter an fünf EU-Programmen beteiligen, unter anderem am neuen EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“ (vgl. S. 8). Projektkonsortien, die sich auf eine europäische Förderung bewerben, können weiterhin britische Akteure umfassen, sofern die Regierung in London den Förderanteil für diese Projektpartner übernimmt.

Im Bereich des freien Personenverkehrs gibt es ebenfalls Einschränkungen. Reisen sind nur noch für 90 Tage innerhalb von 180 Tagen visafrei. Für das Recht, in EU-Ländern zu arbeiten, zu leben und zu studieren greifen gesonderte Regelungen.

Mit dem [FrankfurtRheinMain International Office](#) bietet die Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Anlauf- und Unterstützerstelle, die Menschen aus Großbritannien auch unter den neuen erschwerten Bedingungen bei einer Ansiedlung in der Region zur Seite steht und damit den Zuzug von Fachkräften weiter unterstützt.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

EU-Konjunkturpaket: Entwurf Aufbau- und Resilienzplan DE veröffentlicht

Die Bundesregierung hat Ende des Jahres den [Entwurf des Aufbau- und Resilienzplans für Deutschland](#) veröffentlicht (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 2).

Der deutsche Aufbau- und Resilienzplan umfasst größtenteils Maßnahmen, die bereits im Juni 2020 als Konjunktur- und Zukunftspaket von der Bundesregierung beschlossen wurden. Dabei sollen dem Entwurf nach insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden. Hierzu werden sechs Schwerpunkte definiert:

1. Klimapolitik und Energiewende (Dekarbonisierung, insb. durch erneuerbaren Wasserstoff, klimafreundliche Mobilität, insb. Ladeinfrastruktur sowie Elektromobilität und klimafreundliches Sanieren und Bauen);
2. Digitalisierung der Wirtschaft und Infrastruktur (Digitalisierung der Bahn, Forschung im Bereich Digitalisierung, Investitionsprogramm Fahrzeughersteller und Zulieferindustrie);
3. Digitalisierung der Bildung (Lehrerfortbildung für Digitalisierung, digitale Endgeräte für Lehrer);
4. Stärkung der sozialen Teilhabe (digitale Rentenübersicht, Kinderbetreuungsausbau, Unterstützung für Auszubildende);
5. Stärkung eines pandemie-resilienten Gesundheitssystems (u. a. elektrische Gesundheitsdienste, digitale Infrastruktur für Krankenhäuser);
6. Moderne Verwaltung und Abbau von Investitionshemmnissen (u. a. Investitionen in Verwaltungsdigitalisierung und e-Government).

Der Entwurf fungiert als Grundlage für den Dialog mit der Europäischen Kommission. Der endgültige Aufbauplan soll im April 2021 nach einer erneuten Kabinettdebatte der Bundesregierung abschließend



nach Brüssel übermittelt werden. Die einzelnen Programme müssen teils noch ausgearbeitet werden, bevor eine Umsetzung beginnen kann.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain hatte bereits im Vorfeld eine [Stellungnahme](#) verfasst.

Hintergrund:

Das Programm Next Generation EU mit der Aufbau- und Resilienzfazilität soll die durch die COVID-19-Pandemie getroffene europäische Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zurückbringen. Im Rahmen der Fazilität kann die EU Anleihen von insgesamt 750 Mrd. Euro aufnehmen, von denen ein Teil als Zuschüsse an die Mitgliedstaaten ausgezahlt werden soll.

Um Mittel aus der Fazilität zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten Aufbau- und Resilienzpläne erstellen. Deutschland kann nach jetzigen Schätzungen und in laufenden Preisen 25,5 Mrd. Euro an EU-Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten (16,3 Mrd. Euro in 2021/22 sowie ca. 9,3 Mrd. Euro ab 2023. Die Höhe der letzteren Tranche kann sich je nach wirtschaftlicher Entwicklung noch verändern). Nach aktuellem Stand müssen 37 % der Gelder für Klimaschutzprojekte und 20 % für Projekte zur Digitalisierung verausgabt werden.

Praxis-Auslandsaufenthalte: Alternative Fördermöglichkeit für GB

Die [erste Antragsrunde](#) 2021 im Programm AusbildungWeltweit ist geöffnet. Mit dem Programm stellt die Bundesregierung eine Förderung für weltweite, praxisorientierte Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung zur Verfügung.

Dies ist von Bedeutung für die Europaarbeit, da alle Zielländer berücksichtigt werden, die nicht im Rahmen des EU-Programms Erasmus+ abgedeckt sind. Das trifft nach dem Austritt aus der EU und dem damit verbundenen Ausscheiden aus Erasmus+ auch für das Vereinigte Königreich zu. Durch das Programm AusbildungWeltweit können somit auch weiterhin Auslandsaufenthalte im Vereinigten Königreich gefördert werden.

Antragsfrist für Auslandsaufenthalte zwischen Juni 2021 und Mai 2022 ist der **11. Februar 2021**. Antragsberechtigt sind u. a. juristische Personen des öffentlichen Rechts, also auch Kreis- und Kommunalverwaltungen.

Förderfähig sind Auslandspraktika und Job Shadowings, bei denen die Teilnehmer berufstätige Personen am Arbeitsplatz begleiten (wortwörtlich „beschatten“). Die Dauer der förderfähigen Aufenthalte ist variabel: Bei Auszubildenden beträgt diese drei Wochen bis drei Monate, für Ausbildungspersonal zwei Tage bis zwei Wochen und für vorbereitende Besuche zwei bis fünf Tage. Gefördert werden insbesondere Vor- und Nachbereitung (z. B. Sprachkurse), Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung. Die Höhe der Förderung hängt von der Dauer des Aufenthalts und dem Zielland ab. Eine Tabelle mit den Fördersätzen finden Sie [hier](#).

Für Rückfragen ist eine Kontaktadresse eingerichtet (Ausbildung-weltweit@bibb.de).

Trinkwasser: Überarbeitete EU-Richtlinie tritt in Kraft

Die [Neufassung](#) der EU-Richtlinie „über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch“ tritt nach der finalen Bestätigung durch den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament sowie der Unterzeichnung am 16. Dezember 2020 mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der europäischen Union zu Beginn des neuen Jahres in Kraft (vgl. [Europa Info 02/2020](#), S. 4). Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die entsprechenden Bestimmungen zur Gewährleistung von und den Zugang zu sauberem Trinkwasser umzusetzen.

Neu sind dabei ein einheitliches System der Risikobewertung und des Risikomanagements mit Blick auf Entnahmestellen und Einzugsgebiete, erweiterte Informationspflichten für Wasserversorger, ein Prüfsystem für spezifische Wasserkontaktmaterialien und eine Beobachtungsliste für potentiell gesundheitsgefährdende Stoffe. Die Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie ging auf die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative Right2Water zurück (vgl. Europa Info 05/2013).

Energie, Klima und Umwelt

Green Deal I: Neue Europäische Bauhaus-Initiative startet

Mit der „Designphase“ startete am 18. Januar 2021 das „Europäische Bauhaus“ der EU-Kommission (vgl. [Europa Info 09/2020](#), S. 5). Im Rahmen des Green Deals soll diese Initiative von Kommissionspräsidentin von der Leyen Anliegen wie Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit in und durch Stadtentwicklung, Architektur, Design und Kultur fördern. Ziel ist es, im kreativen und interdisziplinären Austausch hierzu neue, innovative Ansätze zu entwickeln bzw. zu verbreiten.

Entsprechend setzt die Kommission darauf, diesen Prozess in einer ersten Designphase „bottom-up“ mit Architekten, Planern, Künstlern, Unternehmen und Investoren konkreter zu definieren und zu gestalten. Organisationen und Einrichtungen, die diese Initiative ebenfalls unterstützen und mitprägen möchten, können sich als [Partner](#) bewerben. Zur organisatorischen Begleitung soll außerdem ein „hochrangiges Expertengremium“ eingesetzt werden.

Mit der Ausrufung eines Europäischer Bauhauspreises im Frühjahr 2021 sowie dem Start von fünf Pilotprojekten/-einrichtungen im Herbst 2021 wird die Initiative dann in eine Umsetzungsphase übergehen. Diese Piloten fungieren dann als Nuclei der folgenden Verbreitungsphase 2023/2024.

Die EU-Kommission hat zur Bauhausinitiative inzwischen auch eine englischsprachige [Informationsseite](#) freigeschaltet und ein digitales [Faktenblatt](#) veröffentlicht. Auf der Homepage können sowohl ein [Newsletter](#) abonniert als auch Ideen, Projekte, Veranstaltungen und Kooperationsangebote zur [Gestaltung der Initiative](#) eingereicht werden.

Konsultation: Biodiversität und Wiederherstellung der Natur

Basierend auf der neuen EU-Biodiversitätsstrategie bereitet die EU-Kommission einen Rechtsakt zur Wiederherstellung der Natur in Europa vor, der für dieses Anliegen u. a. auch verbindliche Ziele enthalten könnte ([Europa Info 05/2020](#), S. 7).

In Vorbereitung eines entsprechenden Vorschlages führt die Kommission bis zum **5. April 2021** eine offene und allgemeine [Konsultation](#) durch. Der Fragebogen enthält Multiple-Choice-Optionen sowohl zur Bewertung der bisherigen Biodiversitätsstrategie und zum Umgang mit invasiven Spezies als auch bezüglich der Notwendigkeit und der möglichen Ausgestaltung rechtsverbindlicher EU-Ziele zur Wiederherstellung von Naturräumen. Eine Beantwortung auf Deutsch ist möglich.

Green Deal II: EU-Klimapakt gestartet

Mit einer [Mitteilung](#) und einem digitalen Event startete die EU-Kommission bereits im Dezember 2020 den sogenannten [EU-Klimapakt](#), der als Forum bzw. Plattform für zivilgesellschaftliche Beteiligung, Wissensaustausch und gegenseitige Unterstützung die Maßnahmen des EU-Green Deals begleiten soll (vgl. [Europa Info 03/2020](#), S. 4).

Einzelpersonen und Organisationen, die sich den in der Mitteilung skizzierten Prinzipien des Paktes verpflichtet fühlen, können sich u. a. als Botschafter oder mit einer eigenen Klimaschutzinitiative als Unterstützer [einbringen](#). Letztere sollen sich vor allem auf die Themenbereiche (städtische) Grünflächen, nachhaltige Mobilität und klimagerechte Gebäude konzentrieren.

Verkehr und Mobilität

TEN-V: Bericht des EP und ERRIN/POLIS-Empfehlungen zu „urban nodes“

In Vorbereitung der Überarbeitung der Verordnung zum [Transeuropäischen Verkehrsnetz](#) (TEN-V, vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 8) fasste das Europäische Parlament am 20. Januar 2021 seine Erwartungshaltung an den für den Herbst angekündigten Kommissionsvorschlag in einem [Initiativbericht](#) zusammen.

Die Abgeordneten ziehen eine positive Bilanz des Ansatzes, den Aufbau eines interoperablen multimodalen EU-Verkehrsnetzes bis 2030 über die sogenannten Kernnetzkorridore zu steuern, wobei die Beseitigung von Engpässen und fehlender Verbindungen sowie die Einführung des ERTMS bei weitem nicht abgeschlossen und viele Vorhaben im Verzug seien. Das Parlament kritisiert, dass weder im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen noch in den Wiederaufbauplänen bislang ein klares Signal für Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen bzw. die Vervollständigung des TEN-V-Netzes erkennbar sei. In der Überarbeitung der Verordnung müssten nun die jüngsten Entwicklungen mit Blick auf die Green Deal-Ziele, Infrastrukturen für alternative Kraftstoffe, die Digitalisierung oder die Automatisierung aufgegriffen sowie die Verzahnung des TEN-V-Netzes mit regionalen Verkehrssystemen und zwischen den Verkehrsmodi verbessert werden. Kommission und Mitgliedstaaten sollten hierzu noch enger mit kommunalen Akteuren zusammenarbeiten.



Bei der Aussprache zum Initiativbericht im Parlamentsplenum betonte EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean am 19. Januar 2021 außerdem, dass ihre Behörde den städtischen Knoten im Zuge der TEN-V-Überarbeitung „mehr Aufmerksamkeit“ widmen wolle.

Mit dieser Motivation hatten die Brüsseler Netzwerke ERRIN und POLIS zuvor eine Taskforce gegründet, in der das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain gemeinsam mit Partnerregionen [konkrete Empfehlungen](#) für die Passage zu den städtischen Knotenpunkten in der TEN-V-Verordnung erarbeitete. Diese regen an, Metropolräumen mit ihrer Verknüpfungs- und Umstiegsfunktion künftig dieselbe Priorität wie grenzüberschreitenden Vorhaben zu gewähren und dabei die Zusammenhänge in funktionalen Räumen durch eine verbesserte Definition stärker in den Blick zu nehmen. Außerdem sollten die Rolle des Personenverkehrs (insbesondere im Schienensektor) und die Förderung innovativer Anwendungen (wie bspw. digitaler Mobilitätsdienstleistungen, intelligenter Verkehrssysteme oder im Bereich automatisierter und vernetzter Mobilität) sowie eine Verlagerung auf nachhaltige Verkehrsträger bei gleichzeitigem Ausbau entsprechender Infrastrukturen in den Bestimmungen zu städtischen Knoten akzentuiert werden.

Diese Empfehlungen wurden Anfang Dezember im Rahmen der digitalen POLIS-Konferenz vorgestellt und an die EU-Kommission übergeben. Außerdem war das Europabüro im Zuge der [TEN-V-Evaluation](#) eingeladen worden, sich in einem Workshop und einem Experteninterview an der Ausarbeitung der begleitenden Knoten-Studie der EU-Kommission zu beteiligen.

Verkehrsinfrastruktur: Weiterer CEF-Förderaufuf

Im Teilbereich Verkehr der „Connecting Europe“-Fazilität ([CEF](#)) ist bis zum **22. März 2021** ein letzter [Förderaufuf](#) in der Förderperiode 2014 bis 2020 geöffnet. Dabei werden Infrastrukturen v. a. für den Schienenverkehr gefördert, wobei in Deutschland nur entsprechende Planungsleistungen und vorbereitende Studien in einem Umfang von bis zu 50 % kofinanziert werden können (Volumen 160 Mio. Euro).

Dieser Aufruf richtet sich vordringlich an die in der CEF-Verordnung voridentifizierten Projekte im TEN-V-Kernnetz, sofern für diese Vorhaben ein Baubeginn bis 2024 vorgesehen ist. Darunter fallen in der Metropolregion die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim oder die ICE-Ausbaustrecke Frankfurt-Fulda ([1316/2013/EU](#), Anhang I, Teil I, Abschnitte 2 und 3).

Für eine Antragstellung ist die Zustimmung der nationalen Regierung erforderlich. Weitere Informationen u. a. zum Verfahren sind auf der [Seite](#) der zuständigen EU-Agentur INEA zu finden.

Wasserstoff: Aufruf zur Interessensbekundung für Teilnahme an IPCEI

Das BMWi veröffentlichte am 11. Januar 2021 einen [Aufruf](#) zur Interessensbekundung für eine Förderung im Rahmen des IPCEI zu Wasserstofftechnologien und -systemen. Einreichfrist für Projektskizzen ist der **19. Februar 2021**.

Die [Bekanntmachung](#) benennt als förderfähige Projekte solche, die der Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff in der Industrie sowie im Verkehrssektor dienen, ein Investitionsvolumen von 10 Mio. Euro übersteigen und sich u. a. in Sachen Innovationsgrad, Replizierbarkeit, Kosteneffizienz und Treibhausgas-Vermeidungspotential auszeichnen. Dabei können Anlagen, Ausrüstungen, Grundstücke, sonstige



Bedarfmittel (einschließlich Komponenten und Rohstoffen) sowie bestimmte Personalkosten kofinanziert werden.

Am 9. Februar 2021 wird es hierzu von 10-12 Uhr eine digitale [Veranstaltung](#) des BMWI zur Klärung von Fragen im Antragsprozess geben. Es stehen außerdem mehrere [Informationsstellen](#) der Bundesregierung zur Verfügung. Die Einreichung der Projektskizzen (max. 20 Seiten) erfolgt ebenfalls [online](#).

Hintergrund:

Hinter dem Kürzel [IPCEI](#) verbirgt sich ein „Important Project of Common European Interest“, d. h. ein transnationales Vorhaben mehrerer EU-Staaten, das mittels gemeinsamer staatlicher Förderung einen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit im Einklang mit den EU-Zielen leisten soll.

Das IPCEI zum Thema Wasserstoff ist im Entwurf des deutschen Planes für die Umsetzung des EU-Wiederaufbau- und Resilienzfonds mit einem Volumen von 1,5 Mrd. Euro unterlegt (vgl. S. 3, [Komponente 1.1](#), S. 23).

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Förderprogramm: Einigung und Info-Event zu „Horizont Europa“

Im Dezember 2020 erfolgte in den letzten Zügen der deutschen Ratspräsidentschaft die politische [Einigung](#) zum neuen EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „[Horizont Europa](#)“ 2021-2027 (vgl. [Europa Info 04/2019](#), S. 9). Das Budget wird inklusive sämtlicher Querfinanzierungen 85,4 Mrd. Euro in 2018er-Preisen betragen, was etwa 95,5 Mrd. Euro in laufenden Preisen entspricht.

Das neue Rahmenprogramm folgt im Groben der Struktur seines Vorgängers Horizont 2020 und sieht neben der Förderung von wissenschaftlicher Exzellenz und Infrastrukturen (Pfeiler 1) Unterstützung für Forschungs- und Innovationsvorhaben in den thematischen Clustern „Gesundheit“, „Kultur, Kreativität und inklusive Gesellschaft“, „zivile Sicherheit“, „Digitalisierung, Industrie und Raumfahrt“, „Klima, Energie und Mobilität“ sowie „Lebensmittel, Bioökonomie, natürliche Ressourcen, Landwirtschaft und Umwelt“ vor (Pfeiler 2). Neu ist dabei die Einführung von „Missionen“, unter denen in Form europaweiter Großkonsortien über die gesamte Laufzeit des Programms an besonders gesellschaftsrelevanten Herausforderungen gearbeitet werden soll (bspw. zur Anpassung an den Klimawandel oder zu 100 klimaneutralen Städten bis 2030; vgl. [Europa Info 08/2020](#), S. 9). Außerdem wird es im dritten Pfeiler einen „Europäischen Innovationsrat“ zur Förderung der Markteinführung vielversprechender, aber ökonomisch riskanter Innovationen geben.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat hierzu nun auch eine [Informationsseite](#) freigeschaltet, die umfassende Einblicke in das neue Förderprogramm gibt. Auch in der neuen Förderperiode wird im BMBF wieder eine unterstützende [nationale Kontaktstelle](#) eingerichtet. Für den **8. Februar 2021** ist außerdem eine [digitale nationale Auftaktveranstaltung](#) geplant.

Eine Antragstellung in den jeweiligen Teilbereichen ist nur in Form transnationaler Projektkonsortien auf sehr spezifische Förderaufrufe zu konkreten Fristen möglich. Einen genaueren Überblick werden die in Ausarbeitung befindlichen Arbeitsprogramme geben. Das Europabüro informiert rechtzeitig und fortlaufend

über kommunal- und regionalrelevante Aufrufe und unterstützt ggf. bei der europäischen Partnersuche und -vermittlung.



Bildquelle: Europäische Kommission.

Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten



FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

381 Folge ich 605 Follower

[@RegionFrankfurt](#)

Du hast retweetet

European Committee of the Regions @EU_CoR · 22. Jan. ...
Active involvement of local and regional authorities in the national Recovery and Resilience Plans is key.
👉 #ECON Chair @cllrmurphytipps comments on the results of the new joint @EU_CoR-@CCRECEMR consultation.

@EPP_CoR

A new CoR-CEMR consultation shows that unfortunately 'only a minority of Member States consult regions and cities in the preparation of the national Recovery and Resilience Plans'. Local and regional authorities should be involved in these plans throughout the different stages.

Michael Murphy
Member of Tipperary County Council, IE
The European Peoples' Party Group in the CoR
Chair of the ECON Commission

🗨️ 1 🔄 12 ❤️ 23 📤

FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 20. Jan. ...
Wir haben die Übersichtsseite zu unseren #Stellungnahmen aktualisiert! Von besonderem Interesse: Die #Empfehlungen des Europabüros für die Programmierung des #EFRE in #Hessen (u. a. Fördermöglichkeiten im Bereich #Digitalisierung besser ausschöpfen): [europabuero-frm.de/Interessenvert...](#)

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain

FÖRDERMITTEL	INTERESSENVERTRETUNG	UNSER SERVICE	ÜBER UNS
	Stellungnahmen		
	Positionspapiere		
	Konsultationsbeiträge		
	Netzwerke		